

„Bruder Gaddafi“, Petrodollars und eine Moschee für Leipzig

Die folgenschweren Beziehungen der DDR zu Libyen

Jochen Staadt

Die deutsch-libyschen Beziehungen haben eine doppelte Vorgeschichte. Libyens Ministerpräsident Abdel Salam Jalloud, der zum Kreis der „Revolutionsführer“ Gaddafis gehörte, vereinbarte 1974 und 1975 nacheinander in Bonn und Ost-Berlin mit beiden deutschen Staaten den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen. Am 28. Februar 1974 traf Jalloud mit Bundeskanzler Willy Brandt, Außenminister Walter Scheel, Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und Entwicklungshilfeminister Erhardt Eppler zusammen. Jalloud regte eine verstärkte Zusammenarbeit mit deutschen Firmen zur Erschließung neuer Ölquellen und zum Bau von Raffinerien sowie Straßen und Schulen an.¹ Bei den deutsch-libyschen Verhandlungen in Ost-Berlin ging es jedoch um mehr. Dort wurde auch über eine militärische Zusammenarbeit zwischen der DDR und Libyen gesprochen. Hier hatte die DDR mehr zu bieten.

Die Diplomatie hatte laut *Wörterbuch zum sozialistischen Staat*, herausgegeben vom Institut für Staats- und Rechtstheorie an der Akademie der Wissenschaften der DDR, „mit friedlichen Mitteln die Außenpolitik des Staates im Interesse der jeweils herrschenden Klasse zu verwirklichen“. Die Diplomatie sei das wichtigste Mittel der Außenpolitik. „Andere solche Mittel sind z.B. staatliche, gesellschaftliche oder private Aktivitäten wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, wissenschaftlich-technischer oder kultureller Art, aber auch militärische Handlungen.“² Vergessen oder stillschweigend dem Rubrum wissenschaftlich-technisch untergeschoben wurde in dieser Definition die Militärhilfe. Für die Afrikapolitik der DDR im allgemeinen sowie für den Ausbau der Beziehungen zu Libyen im besonderen zog die militärische Hilfe zweifelsohne eine weitaus größere Wirkung nach sich als die Diplomatie „mit friedlichen Mitteln“. Genauer gesagt zeitigte die geheime Militärhilfe der DDR in den afrikanischen und arabischen Empfängerstaaten ein Maß an Vertrauensbildung, das für den auf beiderseitige Diskretion angewiesenen verdeckten Geschäftsverkehr mit Mordinstrumenten eine *Conditio sine qua non* ist. Gaddafis Ministerpräsident Jalloud bereitete im Verlauf seines DDR-Besuchs 1975 das Feld für jene Art diskreter Vereinbarungen, deren konkrete Inhalte kaum Zweifel darüber zulassen, daß es hier um anderes ging, als „mit friedlichen Mitteln die Außenpolitik des Staates“ zu verwirklichen.

Worum es dem Sozialistischen Lager in dieser Zeit in Afrika ging, illustriert das Protokoll einer Unterredung zwischen Erich Honecker und Fidel Castro, die am 3. April 1977 in Ost-Berlin stattfand. Teilnehmer des Treffens waren außerdem Hermann Axen, Werner Lamberz, Paul Verner, Paul Markowski, die Übersetzer Edgar Fries und Karlheinz Möbus sowie auf kubanischer Seite Carlos Rafael Rodriguez, Osmany Cienfuegos, Raul Valdez Vivo, José Abrantes. Castro sprach ausführlich über den Fortgang der Weltrevolution in Afrika, Honecker beschränkte sich in seinen Ausführungen vorwiegend auf

1 Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1974, 1. Januar bis 30. Juni (hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte). München 2005, S. 235 ff.

2 Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Institut für Staats- und Rechtstheorie an der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): *Wörterbuch zum sozialistischen Staat*. Berlin 1974, S. 74.

den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Castro sprach nur wenige Sätze über Kuba. Die Mitschrift seiner Ausführungen erstreckt sich über 46 Seiten, Honecker brachte es nur auf 19 Seiten.

Waffen für Afrika

Fidel Castro berichtete ausführlich über seine vorangegangenen Besuche in Algerien, Libyen, der VDR Jemen, in Somalia, Äthiopien, Tansania, Mosambik und Angola. Er geriet regelrecht ins Schwärmen, als er auf die Leistungen, die der libysche Staat für die Bauern erbringt, zu sprechen kam. Die Bauern bräuchten nur 25 Prozent der Investitionen, die ihnen zinsfrei gewährt werden, zurückzahlen. Im westlichen Ausland seien schlüsselfertige Produktionsbetriebe gekauft worden. Vorgesehen sei die Entwicklung einer Eisen- und Stahlindustrie sowie der Petrolchemie. Zur Landwirtschaftspolitik habe er Gaddafi einige Ratschläge gegeben – er „habe Gaddafi³ darauf aufmerksam gemacht, daß wir mit der kostenlosen Wasserabgabe negative Erfahrungen gemacht haben“. Der Wohnungsbau in Libyen sei sehr erfolgreich und großzügig. Familien mit weniger als 200 Dollar Monatseinkommen erhielten relativ teure Wohnungen kostenlos. „In Libyen herrschen sehr strenge Gesetze in bezug auf Alkohol. Der westliche Einfluß zeigt sich in anderen Formen. Durch die hohen Einkommen kommen viele westliche Konsumgüter ins Land. Im Land arbeiten hunderttausende Ausländer als Spezialisten. All das geschieht ohne die Existenz einer Partei. Das Regime ist sehr volksverbunden, und die Massen haben einen großen Einfluß. Gaddafi vertritt die Meinung, daß auch die Landesverteidigung unter Einbezug der Massen organisiert werden muß. Das ist wohl in einem bestimmten Maße richtig, aber auf diesem Gebiet braucht man auch ein besonderes Kampfinstrument. In der Außenpolitik bezieht Libyen eine sehr militante Haltung. Es unterstützt die PLO und andere revolutionäre Bewegungen in Angola, Mocambique, Äthiopien (obwohl auch Beziehungen zu Eritrea bestehen) und die Befreiungsbewegung im südlichen Afrika. [...] Während meines Aufenthaltes wurden die Beziehungen zwischen mir und Gaddafi immer herzlicher und vertrauter. Gaddafi ist ein perfekter Beduine und lebt sehr einfach und in enger Verbundenheit mit den einfachen Menschen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich fast familiäre Kontakte mit Gaddafi und Jalloud. Es entstand zwischen uns ein wachsendes Vertrauen. Gegen Ende des Aufenthaltes kam es zu einem von uns nicht erwarteten Höhepunkt. Nachdem Gaddafi die politische Situation dargelegt hat, richtete er an uns die Bitte um militärische Hilfe. Er informierte, daß Libyen Jahre braucht, um seine Militärkader auszubilden. Libyen kauft große Mengen Waffen in der Sowjetunion. [...] Wir antworteten, daß wir dies gründlich prüfen müßten und daß eine solche militärische Zusammenarbeit ausschließlich Defensivcharakter tragen könnte. Damit war Gaddafi einverstanden. Das zeugt von dem hohen Grad an Vertrauen der libyschen Führung uns gegenüber. Gaddafi erklärte sich bereit, uns ganze Teile aller Waffenarten zu übergeben. Wir haben darauf verwiesen, daß es notwendig ist, all dies zu prüfen.“ Gaddafi habe offen erklärt, „daß er von unseren ökonomischen Schwierigkeiten wisse, und erklärte seine Bereitschaft, uns zu unterstützen. Er bat uns, ihm zu sagen, wenn wir ökonomische Schwierigkeiten haben. Ich verwies darauf, daß es notwendig ist, beides zu trennen, und sagte ihm, daß wir gewisse Schwierigkeiten haben, aber auch alles tun, um sie zu lösen. Die Idee der ökonomischen Hilfe habe ich nicht akzeptiert. Außerdem wollten wir erst die militärischen Fragen studieren. Das war das wichtigste Ergebnis unserer Reise nach Libyen.“

3 In der Gesprächsniederschrift wurde der Name Gaddafis durchgehend in der englischen Schreibweise „Ghaddafi“ verwandt.

Castro gab auch eine Einschätzung der Lage in Äthiopien. Dort finde tatsächlich eine wirkliche Revolution statt, die es unbedingt zu unterstützen gelte. Über den starken Mann Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, sagte Castro: „Mengistu⁴ macht den Eindruck eines ruhigen, ernsthaften überzeugten politischen Führers, der sich der Kraft der Massen bewußt ist. Er ist eine intellektuelle Persönlichkeit, der seine Klugheit auch am 3. Februar bewiesen hat. Die Rechten wollten am 3. Februar die linken Führer beseitigen. Den Auftakt dazu bildete eine Rede des äthiopischen Präsidenten, die von Nationalismus strotzte. Mengistu kam diesem Anschlag zuvor. Er verlegte die Sitzung des Revolutionsrates um eine Stunde zuvor, ließ die rechten Führer verhaften und erschießen. Am 3. Februar fiel in Äthiopien eine weittragende Entscheidung. Das politische Bild hat sich völlig gewandelt. Es ist erlaubt, heute Dinge zu tun, die früher nicht möglich waren. Früher war es nur indirekt möglich, die linken Kräfte zu unterstützen. Heute können wir dies uneingeschränkt tun.“

Über Angola: „Über 300 kubanische Mitarbeiter sind im Gesundheitswesen beschäftigt. Der Fischfang erholt sich. Die Zuckerfabriken arbeiten fast alle wieder. Innerhalb von sechs Monaten soll die Wiederherstellung des Transportwesens abgeschlossen sein. Auch im Bildungswesen wird viel getan. Die MPLA leistet eine gute Massenarbeit. Die Frauen sind politisch sehr aktiv. Es gibt keinen Grund zur Unzufriedenheit. [...] Das Land hat zwar 70 000 Mann unter Waffen, die Armee ist aber praktisch nicht organisiert. Die sowjetischen Berater konzentrieren sich vor allem auf die Planung. Neto⁵ wollte, daß wir die gesamte Armee in unsere Hand nehmen. Praktisch wäre das vielleicht das beste gewesen, aber politisch wäre das nicht gut. Die Sowjetunion ist der Hauptlieferant der Waffen, und die Angolaner müssen mit der Sowjetunion sprechen. Neto selbst muß diese Probleme lösen. Wir können auch deshalb unsere Truppen nicht für die Bandenbekämpfung einsetzen, weil bei diesen Kämpfen auch Frauen und Kinder zu Tode kommen. Dafür können wir keineswegs die Verantwortung übernehmen. [...] Wir geben Angola große Unterstützung auf militärischem Gebiet. Am Ende des Befreiungskrieges waren 36 000 kubanische Soldaten und 300 Panzer in Angola eingesetzt. Die südafrikanischen Söldner waren schnell demoralisiert. Die USA sprechen von 12 000 kubanischen Soldaten. Jetzt reduzieren wir unsere Truppenstärke kontinuierlich. Dieses Jahr lassen wir noch 15 000 Mann dort. Bis Ende 1978 sollen noch 7 000 bleiben. Aber möglicherweise kann die Reduzierung nicht so schnell erfolgen. [...] Unsere zivilen Berater und Experten werden dieses Jahr auf 4 000 ansteigen. Diese Hilfe ist bis jetzt kostenlos.“

Über Simbabwe sagte Castro: „Die ZAPU⁶ muß in kürzester Frist eine eigene Armee aufstellen. 6 000 Mann der ZAPU sind zur Zeit in Angola. Aus ihnen kann man eine Armee formieren. Dann wird es auch leichter sein, die Einheit zwischen ZAPU und ZANU⁷ herzustellen. Ich habe Neto das erläutert, und er ist damit einverstanden. Vor allen Dingen kann man so den chinesischen Einfluß zurückdrängen. Nkomo⁸ begreift das auch. Er ist sehr intelligent, diskutiert viel mit Samora Machel,⁹ leider aber sehr dick. Deshalb ist seine Gesundheit nicht gut. Ich habe ihn und andere darauf hinwei-

4 Im Dokument durchweg als „Menghisto“ bezeichnet.

5 Agostinho Neto (1922–1979), Mitglied der MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas), war erster Präsident Angolas.

6 ZAPU: Afrikanische Volksunion von Simbabwe, im Dokument durchgehend als ZAPO bezeichnet.

7 ZANU: Afrikanische Nationalunion von Simbabwe, spaltete sich 1963 unter ihrem Führer Robert Mugabe von der ZAPU ab, vereinte sich 1988 wieder mit der ZAPU.

8 Joshua Nkomo (1917–1999), Gründer der ZAPU und Vizepräsident von Simbabwe 1988 bis 1999.

9 Samora Machel (1930–1986) war von 1975 bis 1986 erster Präsident von Mosambik.

sen müssen, daß die Sicherheit der Führer der Befreiungsbewegungen gefährdet ist. Die Imperialisten werden bemüht sein, alle zu ermorden.“

Zusammenfassend erklärte Castro schließlich: „Der Befreiungskampf in Afrika hat eine große Perspektive. Historisch gesehen ist die Lage so, daß die Imperialisten die Entwicklung nicht zurückdrehen können. Der Befreiungskampf ist die gerechteste Sache, die es gibt. Wenn die sozialistischen Länder eine richtige Haltung beziehen, können sie einen großen Einfluß gewinnen. Hier können wir dem Imperialismus schwere Schläge zufügen. [...] Man kann Afrika vom Einfluß der USA und der Chinesen befreien. [...] All das muß man mit der Sowjetunion besprechen. Wir folgen ihrer Politik und ihrem Beispiel.“

Honecker bedankte sich für die umfassende Information. Es werde bestimmt in nächster Zeit in Absprache mit der Sowjetunion eine Verstärkung der Hilfe für die progressiven Bewegungen in Afrika geben. Er fuhr fort: „Wir teilen die Meinung des Genossen Fidel Castro, daß gegenwärtig in Afrika nach dem sozialistischen Weltsystem die größten Möglichkeiten bestehen, im revolutionären Weltprozeß einen bedeutenden Schritt voranzukommen. Für die sozialistischen Staaten ergibt sich daraus die Aufgabe, sich über eine gemeinsame Unterstützung im Rahmen des Erforderlichen zu verständigen. Es ist jetzt notwendig, daß in Moskau entschieden wird, was wir in welchem Ausmaße wo tun. Bestärkt durch die Ausführungen des Genossen Fidel Castro, vertreten wir die Meinung, daß jetzt, nachdem die revolutionäre Entwicklung in Angola dank der Unterstützung Kubas gesichert ist, es notwendig ist, insbesondere zur Stabilisierung der Revolution in Äthiopien einen konkreten Beitrag zu leisten und den Sieg dieser Revolution zu sichern.“ Es seien „bereits vier Flugzeuge mit Waffenlieferungen der DDR in Äthiopien eingetroffen; eine Schiffsladung ist gegenwärtig in Vorbereitung. Auch die Sowjetunion liefert Äthiopien Waffen. Wir halten solche Lieferungen sowie die Entsendung von militärischen Führungskadern für unbedingt erforderlich, um den drohenden Gefahren von seiten Saudi-Arabiens und anderer Staaten begegnen zu können. Zweifellos werden die USA jede Chance nutzen, um in Afrika das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sobald sie die Hände in den anderen Regionen frei bekommen.“ Ein Vertreter des Ministers für Staatssicherheit habe kürzlich mit Mengistu die weitere Unterstützung seitens der DDR vereinbart. „In Abstimmung mit der KPdSU werden wir entsprechend diesen Vereinbarungen Kriegsmaterial und Militärkader zur Verfügung stellen. Diese Unterstützung bezieht sich sowohl auf den Bereich des Ministeriums für Verteidigung, des Ministeriums des Innern wie auch auf den ökonomischen und kulturellen Bereich Äthiopiens.“

Die Hilfe für Angola werde von der DDR ebenfalls sehr ernst genommen. „Was die DDR betrifft, so können wir berichten, daß wir alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Allein im Jahre 1976 stellten wir für die angolischen und kubanischen Truppen Material im Wert von 107 Mio. Mark zur Verfügung.“ Die sozialistische Staatengemeinschaft müsse „Formen eines koordinierten Vorgehens gegenüber Afrika auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet bei Sicherung einer größeren Effektivität finden. Dabei wird es aus taktischen Gründen sicher zweckmäßig sein, die militärische Hilfe bilateral abzuwickeln. Auf allen anderen Gebieten sollten jedoch multilaterale Abmachungen herbeigeführt werden. Wir schlagen vor, insbesondere auch die Hilfe beim Aufbau marxistisch-leninistischer Parteien und progressiver Massenorganisationen zu verstärken. Natürlich können die Militärs zeitweilig eine entscheidende Rolle im Leben dieser Länder spielen. Auf lange Sicht jedoch wird die Existenz einer starken Massenbewegung das Schicksal der Länder auch des afrikanischen Kontinents bestimmen.“ So dann kam Honecker auf den Aufbau des Sozialismus in der DDR und das Verhältnis zu

Westdeutschland. Es werde keine „Entwicklung zurück zum Kapitalismus – unter dem Deckmantel einer Wiedervereinigung – in der sozialistischen DDR geben. Die Entwicklung geht vom Sozialismus zum Kommunismus.“¹⁰ In diesem Sinne wollte Honecker durch die militärische Entwicklungshilfe auch das Blatt in Afrika wenden. Libyen kam dabei eine Schlüsselstellung zu.

Sonderbotschafter Werner Lamberz

Die Beziehungen zu Libyen fielen in den Verantwortungsbereich des Politbüro-Mitgliedes Hermann Axen. Für dessen Besuch bedankte sich Muammar al-Gaddafi am 4. Oktober 1977 in einem Brief an Erich Honecker. Im Kopf des Gaddafi-Schreibens prangte ein Koranvers: „Herr, eröffne und erfülle uns mit Recht – Du bist der beste Eröffner – Allah, der Gewaltige, hat Recht.“ Darunter stand die Losung: „Keine Demokratie ohne Volkskongresse.“ Erich Honecker überschrieb – von dem frommen Spruch völlig unbeeindruckt – den Koranvers mit seinem Weitergabevermerk „Umlauf PB“. In dem Schreiben dankte Gaddafi für die von Axen überbrachte Botschaft und fuhr fort: „Ich teile die Meinung, daß es der Kampf für Fortschritt, Frieden und den Aufbau des Sozialismus sowie die Bekämpfung des Kolonialismus und Imperialismus erforderlich macht, die Beziehungen aller progressiven Staaten und der sozialistischen Staatengemeinschaft für die Verwirklichung dieser edlen Ziele zu verstärken.“ Mit den Vereinbarungen, die während des Besuches von Hermann Axen getroffen wurden, trete die Zusammenarbeit zwischen Libyen und der DDR in „eine neue wichtige Etappe“ ein.

Hermann Axen wurde allerdings wenig später ziemlich abrupt aus der Verantwortung für diese „neue wichtige Etappe“ herausgenommen. Erich Honecker ersetzte ihn durch seinen engsten Vertrauten im Politbüro, Werner Lamberz, den er zum „Sonderbotschafter des ZK der SED“ für die Gespräche mit Gaddafi machte. Das Politbüro beschloß am 17. Dezember 1977: „Für die politische Koordinierung gegenüber Äthiopien, Libyen und Südjemen ist Genosse W. Lamberz für drei Monate verantwortlich.“¹¹ Die Auswechslung Axens erfolgte unbegründet, vermutlich aber auch wegen dessen jüdischer Abstammung – aus diplomatischer Rücksichtnahme gegenüber den strenggläubigen libyschen Verhandlungspartnern, mit denen die „neue wichtige Etappe“ nun konkret auszugestalten war.

Am 12. Dezember 1977 traf Lamberz erstmals mit dem libyschen Revolutionsführer Gaddafi zusammen. Zunächst bat er ihn um die Herstellung von Kontakten zu den Befreiungsbewegungen im Tschad, in Oman und im dortigen Gouvernement Dhofar und zur Polisario in West-Sahara. Auf Bitte Fidel Castros hatte sich die DDR nämlich bereiterklärt, den von Kuba unterstützten Guerillaorganisationen Waffen zu liefern. Außerdem, versicherte Lamberz, sei die SED-Führung „einverstanden, dem libyschen Volksstaat militärische Hilfe zu gewähren. Wir sind bereit, Offiziere und Unteroffiziere, Flugzeug- und Hubschrauberpiloten, Raketen und Artilleriespezialisten und Aufklärer in der DDR oder Libyen auszubilden.“ Umfangreiche Waffenlieferungen seien kein Problem. „Die DDR lieferte bisher Waffen an Äthiopien, sie unterstützte mit Waffen die Befreiungsbewegungen Simbabwe, Palästina und Namibia.“ Der Beschluß zur Unterstützung Libyens sei jedoch der bislang umfangreichste. Es könnten bald viele hun-

10 Niederschrift über das Gespräch zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Fidel Castro am Sonntag, dem 3. April 1977, von 11.00 bis 13.30 Uhr und von 15.45 bis 18.00 Uhr im Hause des ZK; SAPMO-BArch, IPA, DY 30, J IV 2/201 – 1292.

11 Der Beschluß des Politbüros über „Fragen der Koordinierung im afrikanischen Raum“ findet sich unter SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2.033/131.

dert libysche Bürger in die DDR kommen. Man werde dann in einer der bedeutendsten Städte der DDR, in Dresden, eine islamische Bibliothek einrichten und in Leipzig eine Moschee. „Wenn wir das alles realisieren wollen, wäre es für die DDR sehr günstig, ein gewisses Startkapital zu erhalten. Wir sind nicht so reich wie Libyen. Durch die Konfrontation mit der stärksten imperialistischen Macht, die Manipulation einer bestimmten zionistischen Lobby haben wir Schwierigkeiten auf finanziellem Gebiet.“ Die hohen Rohstoffpreise legten der DDR große Belastungen auf. Westdeutschland und andere imperialistischen Länder betrieben zudem einen Kreditboykott. Die DDR habe „eine Luftbrücke zwischen Berlin und Addis Abeba eingerichtet“ und die äthiopische Armee mit Brot und Waffen versorgt. Sodann erklärte Lamberz im Auftrag Honeckers, „daß die Bargeldmittel der DDR erschöpft sind. Die DDR hat eine leistungsstarke Industrie und Landwirtschaft. Sie verfügt über eine moderne Wissenschaft und Technik, über Waffen und andere materielle Mittel, im Moment jedoch nicht über Bargeld. Wir bitten Sie deshalb zu prüfen, ob es Ihnen möglich ist, der DDR eine Bargeldhilfe zur Verfügung zu stellen.“ Dies könne in Form eine Regierungskredits erfolgen. „Eine solche Hilfe würden wir Ihnen nie vergessen.“

Gaddafi antwortete: „Ich kann Euch versichern, daß Ihr volles Vertrauen haben könnt. Es gibt in dieser Hinsicht bei uns kein Zögern. Mündlich möchte ich jetzt schon ganz eindeutig eine feste Zusage geben, daß wir Euch unterstützen werden. Wir werden alle Gebiete der Zusammenarbeit realisieren. Von der militärischen Unterstützung, über die technische Zusammenarbeit bis hin zu dem Kredit für Euch. Wir wünschen allerdings, daß die sowjetische Seite sich an der Unterstützung für Libyen ebenfalls beteiligt.“ Er fürchte einen Angriff Ägyptens auf Libyen. Man dürfe diese Gefahr nicht unterschätzen. Ägypten habe 40 Millionen Einwohner, Libyen leider nur etwas mehr als 2 Millionen. „Unsere Stärke sind der Mut und die Standhaftigkeit der Libyer und die Feigheit der Ägypter. Ihr habt gute Beziehungen zur Sowjetunion und könntet sie ansprechen, damit sie uns umfassend militärisch unterstützt, ehe es zu spät ist.“¹²

Bereits am Tag nach dem Gespräch mit Gaddafi empfangen Revolutionsführer Jalloud und Außenminister Treiki den Sonderbeauftragten Honeckers und teilten ihm mit, daß die libysche Führung einen Sofortkredit für die DDR in Höhe von 100 Millionen Dollar beschlossen hatte. Sodann erklärte Jalloud laut einem von Lamberz verfaßten Gesprächsvermerk: „Libyen erwartet, daß die sozialistische Gemeinschaft als Ganzes den libyschen Volksstaat als Bündnispartner betrachtet.“ Libyen sei einverstanden, weitere Schritte der Zusammenarbeit Mitte Januar in Berlin zu beraten. Hinsichtlich des Kredits sei zu berücksichtigen, daß sein Land auch anderen sozialistischen Staaten Kredite gewähren müsse, weil man von dort seit geraumer Zeit ökonomische und militärische Hilfe erhalten habe. Für die DDR sei in Erwartung der sich anbahnenden guten Beziehung beschlossen, zusätzlich zu dem Sofortkredit auf dem internationalen Geldmarkt Verpflichtungen von 100 bis 150 Millionen Dollar für die DDR zu kreditieren. Es werde angestrebt, „in anderthalb bis zwei Jahren die Summe der Kredite für die DDR auf 400 bis 500 Millionen aufzustocken“. Diese Passage des Lamberz-Vermerks wurde von Honecker grün unterstrichen. Am Ende der Unterredung sagte Jalloud: „Afrikanische Rohstoffe, libysches Kapital und DDR-Industrie und DDR-Wissenschaft sollten zusam-

12 Lamberz, Werner: Vermerk über ein Gespräch des Genossen Werner Lamberz mit dem Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses, Muammar Gaddafi, am 12. Dezember 1977, von 17.30 bis 21.00 Uhr; SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2.033/125.

mengefaßt zu einer neuen materiellen Grundlage für die revolutionäre Entwicklung in Afrika und in Arabien werden.“¹³

Vom 20. bis 24. Februar 1978 fand in Ost-Berlin die erste Tagung der „Gemeinsamen Kommission DDR/Libyen“ statt. Ministerpräsident Willi Stoph empfing den Leiter der libyschen Delegation Jadalla Azuz Talhi, Sekretär für Industrie und Bodenschätze des Volkskongresses. Lamberz leitete die DDR-Delegation. Als Ehrenbegleiter von Talhi wurde Rudi Wekker, stellvertretender Minister für Elektrotechnik, eingesetzt. Laut Direktive des Politbüros war „in kurzer Zeit ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen der DDR als einem entwickelten sozialistischen Industriestaat in Europa und der LASVJ¹⁴ als einem progressiven Entwicklungsland im arabisch-afrikanischen Raum zu schaffen“. Als vorgesehene Vereinbarungen wurden aufgeführt: Kreditvereinbarungen, Abkommen über ökonomische Zusammenarbeit in Drittländern, Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Kulturabkommen, Abkommen über den Seeverkehr, Abkommen über den Luftverkehr. Zum Abschluß kamen der sofortige Barkredit Libyens für die DDR in Höhe von 100 Millionen Dollar, ein Barkredit von 150 Millionen Dollar zur direkten Bezahlung von DDR-Verbindlichkeiten, eine bindende Vereinbarung über die Gewährung eines weiteren Barkredits in Höhe von 150 bis 250 Millionen Dollar. Im Jahr 1978 sollten je 100 Experten zwischen beiden Staaten ausgetauscht werden. Die DDR-Seite bot außerdem an, falls Libyen den Neubau einer Schule samt Internat in der DDR finanziere, könne auch eine höhere Zahl von „libyschen Praktikanten“ in die DDR kommen. Das SED-Politbüro gab Anweisung, daß den Regierungen progressiver arabischer und afrikanischer Staaten „auf geeignetem Wege“ die Zusammenarbeit DDR-Libyen bekanntgemacht wird, verbunden mit der Empfehlung, „an die libysche Regierung mit der Bitte heranzutreten, gemeinsam mit der DDR in ihren Ländern Objekte zu realisieren, die der Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit dienen“.¹⁵

Gottes Hand und andere Gerüchte

Drei Monate später reiste Lamberz erneut nach Libyen. Am 6. März 1978 kam er dort bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Er hatte trotz der Warnungen seiner libyschen Verhandlungspartner darauf bestanden, noch in der Dunkelheit nach Tripolis zurückzukehren. Um Lamberz' Tod ranken sich bis heute Gerüchte. Kurz nach dem Ende des SED-Regimes wurde von einigen ehemaligen Weggenossen aus der FDJ die Vermutung gestreut, Lamberz sei vom KGB ermordet worden. Angeblich hätten in Libyen eingesetzte sowjetische Berater vor Ort entschieden, mit welchem Hubschrauber Lamberz zurückfliegen sollte. Es waren aber gar keine sowjetischen Berater zugegen, als Lamberz die Entscheidung fällte, trotz Dunkelheit nach Tripolis zurückzufliegen. Anlässlich des dreißigsten Todestages verbreitete Erhard Thomas, der ehemalige Leibarzt von Werner Lamberz, in einem Gespräch mit der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* (MAZ) erneut das Gerücht vom „gewollten Unfall“. Thomas behauptete außerdem im gleichen Zusammenhang offen wahrheitswidrig, die DDR habe keine Waffengeschäfte mit Libyen

13 Lamberz, Werner: Vermerk über ein Gespräch zwischen Stabsmajor Jalloud und Außenminister Treiki mit Werner Lamberz am 13. Dezember 1977 in Tripolis; SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2.033/125.

14 LASVJ: Libysche Arabische Sozialistische Volks-Jamahiria, die amtliche Bezeichnung Libyens.

15 Vgl. SAPMO- Arch., DY 30, IV 2/2.033/131.

abgewickelt. „Der militärische Bereich wurde allein von der Sowjetunion abgedeckt.“¹⁶ Die MAZ druckte diese Desinformation kritiklos ab.

Auch der Mitteldeutsche Rundfunk hatte im Vorfeld des Lamberz-Todestages haltlose Spekulationen verbreitet. Das MDR-Geschichtsmagazin „Barbarossa“ tischte noch einmal so ziemlich alles auf, was die Gerüchteküche hergab. „Ungeklärt: Vor 30 Jahren starb Werner Lamberz“ lautete der Titel des Beitrages, der inzwischen auch auf der Internetseite <www.dielinke-teltow.flaeming.de> abgerufen werden kann. Schon der Anfang der Sendung versammelte dramatisch alle seit Jahren kursierenden Spekulationen: „Es ist der 6. März 1978. Werner Lamberz ist in politischer Mission nach Libyen unterwegs. Mitten über der Wüste, sechs Meilen vor Tripolis kommt der Hubschrauber ins Trudeln und stürzt ab. Alle 13 Insassen, auch Werner Lamberz, kommen in den Flammen ums Leben. War es ein gewaltsamer Tod im Auftrag des sowjetischen KGB? War es Mord durch Gegner des libyschen Revolutionsführers Gaddafi, dessen Gast Lamberz war? Oder war es sogar Mord im Auftrag Honeckers selbst? Die Spekulationen erhalten Nahrung durch die verschleppte Aufklärung. Kein DDR-Ermittler darf die Absturzstelle betreten. Die Zinksärge werden nach Berlin zur Gerichtsmedizin überführt. Dort kann man nicht mehr viel feststellen.“ Sodann kam der Gerichtsmediziner Gunther Geserick vom Institut für Gerichtliche Medizin der Humboldt Universität Berlin ins Bild. Seine Stellungnahme lautete: „Für einen gezielten Terrorakt haben wir damals keine Anhaltspunkte gewonnen. Das heißt nicht, daß wir es ausschließen. Das heißt, aus Sicht des Gerichtsmediziners ist der Fall nach wie vor offen.“ Am Ende des Beitrages, in dem auch Lamberz' Sohn, der PDS-Politiker Ulrich Lamberz ausführlich zu Wort kam, ohne daß auf seine Parteizugehörigkeit hingewiesen wurde, hieß es über Werner Lamberz: „Viele Bürger der DDR verbanden mit dem als redegewandt und feinsinnig geltenden Politikstil Lamberz' Hoffnung auf eine andere DDR.“¹⁷ Wie ein ARD-Sender dem langjährigen Chefagitator des SED-Politbüros, unter dessen Verantwortung seit 1966 die gesamte Mediensteuerung der DDR erfolgte, einen als „feinsinnig geltenden Politikstil“ bescheinigen kann – kaum zu glauben, aber wahr und keine einzigartige öffentlich-rechtliche Verirrung. Claudia van Laak hatte im Deutschlandradio Kultur am 14. August 2007 von dem SED-Ideologen als dem „feinfühligem Intellektuellen Lamberz“ gesprochen, als sie über einen Streit um eine von der PDS gewünschte Ehrung des SED-Politikers im märkischen Luckenwalde berichtete. Werner Lamberz, der dort einige Jahre gewohnt hatte, sollte neben Rudi Dutschke mit einer Erinnerungsstele geehrt werden. Die Geschmacklosigkeit wurde am Ende dank des beherzten Einsatzes engagierter Demokraten, darunter auch Rudi Dutschkes ältester Bruder Manfred, verhindert.

Die Wahrnehmung von Werner Lamberz in der zeitgenössischen Presse, die damals längst nicht über die inzwischen zugänglichen Hintergrundinformationen verfügte, fiel Ende der siebziger Jahre übrigens wesentlich kritischer aus als heutzutage. So bezeichnete der *Spiegel* am 13. März 1978 unter der Überschrift „Tod eines Kronprinzen“ Lamberz als „Honeckers ergebenen Gefolgsmann“, in dessen Verantwortungsbereich sich nicht viel verändert hatte: „Presse, Rundfunk und Fernsehen blieben schablonenhaft und drückten sich weiter um jede Widerspruchsdiskussion. Wo West-Korrespondenten in diese Lücke stießen, wurden sie reglementiert, denunziert, ausgewiesen, und Werner

16 Gellner, Torsten: Der Leibarzt des Kronprinzen. Rückblick: Der Mediziner Erhard Thomas war dabei, als vor dreißig Jahren Werner Lamberz starb. In: Märkische Allgemeine Zeitung v. 6.3.2008. Schon die Behauptung der Unterüberschrift ist falsch. Thomas war nicht dabei, sondern in Tripolis zurückgeblieben. Den Absturz überlebte keiner der Hubschrauberinsassen.

17 Vgl. den Wortlaut der Sendung unter <<http://www.mdr.de/barbarossa/5293980.html>>

Lamberz verweigerte nicht seine Zustimmung.“¹⁸ Im Gegenteil, heute ist bekannt, daß Lamberz im Januar 1978 – nach dem Erscheinen des „Manifests der Opposition“ – persönlich die Schließung des *Spiegel*-Büros in Ost-Berlin vorbereitet hat.¹⁹ Am 2. Januar 1978 übermittelte Lamberz den Mitgliedern des SED-Politbüros einen Entwurf für das Schreiben, das Wolfgang Meyer als Leiter der Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an Rudolf Augstein richten sollte. Darin wurde mitgeteilt, daß die DDR dem Nachfolger von Ulrich Schwarz die Akkreditierung verweigere, da der *Spiegel* sich nicht bereitgefunden habe, „seine jeglichem Journalismus hohnsprechende Praxis der Brunnenvergiftung zwischen zwei voneinander unabhängigen souveränen Staaten aufzugeben und dies den entsprechenden Organen der DDR kundzutun“. In den beiliegenden Varianten hatte Lamberz nebenbei vorgesehen, den ARD-Korrespondenten Lutz Lehmann wegen nachgewiesener nachrichtendienstlicher Tätigkeit aus der DDR auszuweisen und dem ZDF-Korrespondenten Dirk Sager eine Verwarnung auszusprechen. In einer handschriftlichen Notiz bat Lamberz Erich Honecker um eine Besprechung, da „vor allem die ‚Spiegel‘-Sache drängt“. Lamberz drängte auf schärfere Maßnahmen als die Verweigerung der Akkreditierung. Falls man, so seine Begründung, lediglich dem neuen *Spiegel*-Korrespondenten eine Akkreditierung verweigere, bleibe das Problem des mit einer Sekretärin besetzten *Spiegel*-Büros bestehen. Es könne „weiterhin im bestimmten Umfange tätig sein und einen Anlaufpunkt für gewisse Elemente darstellen“. Am 10. Januar wurde dem *Spiegel* von Wolfgang Meyer im Namen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten die sofortige Schließung des Ost-Berliner *Spiegel*-Büros mitgeteilt. Ein Fernschreiben Honeckers informierte am gleichen Tag die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen über diese Maßnahme: „Das vom Spiegel veröffentlichte Pamphlet“, hieß es in Honeckers Information, sei ein „konterrevolutionäres Machwerk zu dem Zweck, die Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zu zerstören“.²⁰

Als einen Konterrevolutionär stufte Lamberz auch Wolf Biermann nach dessen Kölner Konzert im November 1976 ein. Manfred Krug zeichnete seinerzeit das Gespräch zwischen den Unterzeichnern der Protestresolution gegen die Biermann-Ausbürgerung und Werner Lamberz auf, das in Krugs Wohnung stattfand. Lamberz wollte die protestierenden Künstler und Schriftsteller zu einer Rücknahme ihrer Petition überreden. Seine damaligen Argumente können in Krugs Buch *Abgehauen* nachgelesen werden. „Feinfühlig“ oder „feinsinnig“ waren sie auf jeden Fall nicht. Über die von Biermann als „Stasischweine“ beschimpfte Berufsgruppe sagte Lamberz in aller Deutlichkeit: „Das sind unsere Jungs, sie sind bei uns groß geworden, sind unsere Leute, in unsere Schulen gegangen, die haben den Staat mitgebaut. Die lieben uns. Das sind keine ‚Schweine‘.“²¹ Oder über das Vorgehen gegen Andersdenkende: „Aber Repressalien gibt es überhaupt nicht. Es gibt nur Maßnahmen, die dann notwendig sind, wenn sich jemand so bewegt, daß er die Gesetze der DDR verletzt.“²² Doch nicht nur an der Ausbürgerung Biermanns, auch an der Ausweisung des ARD-Korrespondenten Lothar Loewe war Lamberz beteiligt. Er ließ Loewes Ausweisung monatelang vorbereiten, bis sich ihm endlich

18 Tod eines Kronprinzen. Werner Lamberz war Honeckers ergebener Gefolgsmann. In: Der Spiegel Nr. 11/78 v. 13.03.1978, S. 32.

19 Der *Spiegel* (Nr. 1/78) brachte unter der Überschrift „Bruch in der SED“ den Text eines Manifests, das angeblich von einem Zirkel oppositioneller Mitglieder der Staatspartei verfaßt war.

20 Die Schreiben und Mitteilungen von Werner Lamberz in Vorbereitung der Schließung des *Spiegel*-Büros finden sich unter SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/111, Büro Werner Lamberz.

21 Vgl. Krug, Manfred: *Abgehauen*. Düsseldorf 1966, S. 20.

22 Ebd., S. 87.

eine Gelegenheit bot, den unbequemen Journalisten loszuwerden.²³ Und heute geistert ausgerechnet der Politbürokrat, der bis 1978 für die Kujonierung von ARD-Journalisten verantwortlich war, als „feinsinnig“ oder gar als „der feinfühligste Intellektuelle“ durch den Äther. Warum aber ein gut ausgestattetes „Geschichtsmagazin“ sich nicht einmal, wenn es schon um Lamberz’ dreißigsten Todestag geht, die Mühe einer Recherche in leicht zugänglichen und pressefreundlichen Archiven macht, ist nicht nachvollziehbar.

Abgesehen davon nämlich, daß sich in den Überlieferungen der BIRTHLER-Behörde ausführliche Untersuchungsberichte der Stasi über die Todesumstände von Werner Lamberz und seinen Begleiter finden lassen²⁴ und auch von Journalisten eingesehen werden können, befindet sich im Bundesarchiv auch eine Übersetzung der Stellungnahme des libyschen Expertenkomitees, die seinerzeit Erich Honecker vorlag und von ihm mit zahlreichen Unterstreichungen versehen wurde. Der SED-Chef erhielt laut Paraphe am 26. April 1978 die Übersetzung des Abschlußberichts der libyschen Untersuchungskommission über den Hubschrauberabsturz vom 6. März 1978. Er war zwei Tage zuvor dem Mitarbeiter der DDR-Botschaft Seidel in Tripolis übergeben und telefonisch nach Ost-Berlin übermittelt worden. Unter „A) Die Piloten“ hieß es darin über den Hauptmann der Flieger Said Muftah Hilmi: „Abschluß als Erster Pilot auf dem Hubschrauber Belle 47 (phon.) in Westdeutschland am 26. Februar 1967, später qualifiziert für die Flugzeuge Belle 206 und Alouette 3 (phon.), Ende 1972 qualifiziert als Erster Pilot für Hubschrauber Supervillon, auf dem er bis zu seinem Tode eingesetzt war.“ Hilmi hatte mehrere Verdienstorden erhalten und insgesamt 1 901 Flugstunden und war – von Honecker grün angestrichen – „tauglich nur für Sichtflug“. Der zweite Pilot Oberleutnant Mohammed Abdul Salam Saula hatte in Frankreich auf dem Hubschrauber Alouette II gelernt. Er hatte 1973 einen Lehrgang für den Hubschrauber Supervillon absolviert und im März 1974 die Prüfung zum Ersten Piloten abgelegt. Saula hatte 724 Flugstunden und – wiederum von Honecker grün angestrichen – gerade an einem Fliegerlehrgang teilgenommen, „der zum Zeitpunkt seines Todes nicht abgeschlossen war“. Außer den Piloten kamen bei dem Absturz auch alle Insassen des Hubschraubers ums Leben. Das waren Feldwebel Mohamed al-Mabruk, Unteroffizier Muftah Hassuna, Werner Lamberz, Paul Markowski, Armin Ernst (Dolmetscher), Hans-Joachim Spremberg (Bildreporter), Taha Sherif Ben Amer (Sekretär für Verbindungen), Ahmed al-Aref Abu Shakur (Protokollchef) und Hassan al-Jaddi al-Suwaiyi (Mitarbeiter des Protokolls).

Über die Ursachen des Unglücks enthielt der Untersuchungsbericht die folgenden Angaben: Der Hubschrauber sei um 17.27 Uhr, eine Stunde und 53 Minuten nach der ursprünglich vorgesehenen Abflugzeit, in Tripolis gestartet. Die Maschine sei 45 Kilometer südlich von Beni Wadi gelandet. Dort wurde das Objekt Wadi Suf al-Jin²⁵ besichtigt. Um 21.30 Uhr wurde der Rückflug angetreten, Sonnuntergang war um 19.26 Uhr. Weni-

23 Vgl. Lamberz, Werner: Schreiben vom 28. Oktober 1977 an Honecker betr. Ausweisung von Lothar Loewe, SAPMO-BArch., DY 30/ IV 2/3.033/117, Büro Werner Lamberz. Schon Ende Oktober hatte Lamberz die Vorbereitungen zur Ausweisung der ARD-Korrespondenten abgeschlossen. Er übermittelte Honecker den Entwurf einer Pressemitteilung, eine „Information über das gesetzwidrige Verhalten von Loewe“ und einen Vorschlag für einen ND-Kommentar. Loewes Ausweisung erfolgte am 22. Dezember 1977, nachdem er in der Tagesschau geäußert hatte, an der DDR-Grenze werde auf Menschen wie auf Hasen geschossen.

24 Vgl. BStU, ZA, MfS, HA IX 11398–11400.

25 Es handelte sich dabei um ein landwirtschaftliches Bewässerungsvorhaben und nicht, wie Lamberz’ Leibarzt Erhard Thomas in der MAZ behauptete, um das Zeltlager Gaddafis. Lamberz’ ehemaliger Leibarzt behauptete außerdem in der MAZ, es seien dreizehn Personen bei dem Absturz ums Leben gekommen, der libysche Untersuchungsbericht erwähnt dagegen nur elf Tote.

ge Minuten nach dem Start informierte der Flugzeugführer den Kontrollturm in Tripolis, daß er sieben Meilen südlich des Startplatzes landen müsse, ein Teil der Motorverkleidung habe sich geöffnet. Nachdem dieser Schaden behoben war, sollte der Flug fortgesetzt werden. Die Untersuchung ergab, daß die Motorleistung des Hubschraubers beim Neustart abgesunken sein muß und sich die Maschine nach links drehte. Die Stellung der Lenkung ließ vermuten, daß der Pilot offenbar noch vergeblich versucht hatte, durch eine Gegensteuerung den Hubschrauber abzufangen. Die libysche Untersuchungskommission gab drei Möglichkeiten für den Absturz an:

1. Während des Startvorgangs habe ein Motor Feuer gefangen, was den Abfall der Umdrehungszahl des Hauptrotors und die Drehung nach links verursachte.
2. Ein Blatt des Hauptrotors habe sich gelöst. Ein Rotorblatt wurde in 200 Metern Entfernung von der Absturzstelle gefunden.
3. Der Pilot hatte wegen der einsetzenden Dunkelheit keine Sicht, der beim Start aufgewirbelte Staub führte „zum Verlust des Gleichgewichts beim Piloten“.

Der Untersuchungsausschuß kam nach Befragung aller direkt und indirekt beteiligten Militärs und Zivilisten sowie nach Anhörung der Sachverständigen zum Ergebnis, daß der einstweilig vom Amt suspendierte Stabschef der Luftstreitkräfte und der ebenfalls suspendierte Sekretär für Kommunikation keine Verantwortung für das Unglück trugen. Der Erste und der Zweite Pilot hätten gegen ihre militärischen Instruktionen und Befehle verstoßen, „da sie nachts geflogen sind, obwohl der Flug auf der Grundlage einer Erlaubnis zum Sichtflug am Tage und einer vorbereiteten Sichtflugstrecke durchzuführen war“. Die Piloten hätten „nachts nicht abfliegen dürfen, besonders da sie ihre Qualifizierung für den Nachtflug nicht abgeschlossen hatten. Zumindest hätten sie um Erlaubnis für den Nachtflug bitten müssen.“ In diesem Fall hätte das Kontrollzentrum in Tripolis ihnen allerdings „auf keinen Fall die Flugerlaubnis erteilt“. Nach dem Besuch in Wadi Suf al-Jin sei die Delegation gebeten worden, „zu bleiben und am nächsten Morgen zu fliegen. Doch die Delegation und die libyschen Begleiter bestanden auf der Übernachtung in Tripolis zur Erholung der Delegation, da es am Ort des Gesprächs keine Übernachtungsmöglichkeiten gab. Die Piloten verbürgten sich für den Flug und sagten nachdrücklich, das Flugzeug sei sicher, es sei denn, es ereigne sich etwas von Gottes Hand, d. h. durch die ‚Macht des Schicksals‘.“²⁶ Es ist wenig wahrscheinlich, daß der libysche Untersuchungsbericht für die Fehlinformation Erich Honeckers oder gar der Nachwelt verfaßt wurde. Welches Interesse sollte Libyen gehabt haben, die Unglücksursachen zu verschleiern? Es war Lamberz' unglückliches Schicksal, daß die „Ausbildung von Militärkadern“ Libyens in der DDR erst ein Jahr nach seinem Tod vertraglich in geregelte Bahnen gebracht wurde. Er war nicht das Opfer irgendeiner Verschwörung. Ohne Zweifel aber war er ein Opfer der Weltrevolution.

„Bruder Gaddafi“ und seine Vertreter in Ost-Berlin

Knapp ein Jahr nach dem Tod von Werner Lamberz, am 15. und 16. Februar 1979, besuchte Erich Honecker persönlich seinen neuen libyschen Bündnispartner. Gaddafi hieß den SED-Chef mit den Worten willkommen: „Im Namen Allahs! Wir möchten Genossen Honecker herzlich begrüßen, ebenso die ihn begleitende Delegation.“ Gaddafi erklärte zu Beginn der Unterredung, er sei an einer „Stärkung der Front gegen Imperialismus und Kolonialismus, gegen Rassismus und Reaktion“ genauso interessiert wie die DDR,

26 Der Bericht der libyschen Untersuchungskommission über die Todesumstände von Werner Lamberz findet sich unter BArch, DY 30/ IV 2/2.033/131.

„denn die DDR ist direkt mit den Kräften des Imperialismus konfrontiert, und Libyen ist auch von reaktionären imperialistischen Basen umgeben“. Erich Honecker dankte für die Einladung und bezeichnete Gaddafi in seiner Antwort als „unseren Freund und Genossen“. Er erläuterte sodann, welche Absichten er mit seiner Reise nach Afrika verfolge. Er wolle zur „Einheit der Frontstaaten“ beitragen, denn es gelte im Süden Afrikas das „größtmögliche einheitliche Vorgehen der Befreiungsbewegungen“ zu erreichen, „um die vom Imperialismus angestrebte neokolonialistische Lösung für Simbabwe, Namibia und Südafrika zu durchkreuzen“. Darüber hinaus schloß sich Honecker der internationalen Lagebeurteilung Gaddafis mit den Worten an: „Ich möchte Bruder Gaddafi zustimmen, daß zu den positiven Erscheinungen zweifellos die Entwicklung in Kambodscha und die Volksrevolution in Iran gehören. Es gibt eine progressive Entwicklung in Afghanistan sowie in verschiedenen anderen Gebieten der Welt.“

Am zweiten Tag der Begegnung bat Gaddafi um die Lieferung von schweren Waffen, „da Ägypten nicht nur von den USA, England und Frankreich Waffen erhalte, sondern auch von China, Rumänien und Jugoslawien“. Honecker betonte, „daß die DDR ihre Angebote ausdrücklich auf der Grundlage der Solidarität und Freundschaft sowie entsprechend der früher unterbreiteten libyschen Wünsche gemacht habe“. Gaddafi sagte zu, „die drei Ausbildungszentren für Raketenabschußgeräte, die die DDR produziert, zu beziehen unter der Bedingung, daß die Belieferung mit Raketen garantiert sei“. Laut Protokoll faßte Gaddafi die Abmachung am Ende zusammen. Die DDR werde nicht nur die gewünschten schweren Waffen liefern, sondern auch „offiziell Ausbilder und Berater für die Waffen“ nach Libyen schicken. „Gaddafi bemerkte, daß die Ausbilder arabisch sprechen müßten. Genosse Honecker erklärte, daß die Ausbildung in der DDR in deutsch erfolge.“²⁷ Mit den libyschen Militärs, die zur Ausbildung in die DDR kamen, gebe es kaum Probleme. Schwierigkeiten ergäben sich aus den „antiimperialistischen Kampfaktionen“, die libysche „Diplomaten“ von Ost-Berlin aus im Westteil der Stadt vorantrieben.

Zu Opfern der engen Verbindungen zwischen der DDR und Libyen wurden 1986 über 250 Besucher einer Diskothek im West-Berliner Bezirk Schöneberg. In der Nacht vom 4. auf den 5. April explodierte in der West-Berliner Diskothek La Belle, die ein beliebter Treffpunkt von amerikanischen Soldaten war, ein Bombe. Zwei Amerikaner und eine Türkin kamen bei dem Attentat ums Leben, 28 weitere Besucher des Tanzlokals wurden schwer verletzt, über 250 Gäste trugen Gehörschäden davon. Die Verantwortung Libyens für den Bombenanschlag auf die West-Berliner Diskothek La Belle stand für die westlichen Schutzmächte schon unmittelbar nach dem Anschlag fest.²⁸ Das galt auch für die Mitverantwortung der DDR. Auf dem Schreibtisch des SED-Generalsekretärs landete am 11. April 1986 eine Gesprächsnotiz des sowjetischen Botschafters Wjatscheslaw Kotschemassow, der zwei Tage zuvor mit dem Bonner Botschafter Großbritanniens und Chef der britischen Militäradministration, Julian Bullard, zusammengetroffen war. Bullard sagte laut Kotschemassows Mitschrift zu dem Bombenattentat auf die West-Berliner Diskothek, daß sich die britische Seite zwar öffentlich zurückgehalten habe,

27 Haake (Dolmetscher): Stenographische Niederschrift der offiziellen Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Erich Honecker, mit dem Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya, Genossen Oberst Muammer el Ghaddafi, in Tripolis am 15. und 16. Februar 1979, SAPMO-BArch, IPA, DY 30, J IV /857, Bestand Erich Honecker.

28 Libyen gestand seine Verantwortung für den Anschlag später ein und erklärte sich 2004 bereit, den Opfern des Attentats 35 Millionen US-Dollar an Entschädigung zu zahlen.

„jedoch über den Terroranschlag empört ist, in den das Volksbüro Libyens in Ost-Berlin verwickelt sei. Dafür gebe es angeblich ‚unwiderlegbare Beweise‘.“ Bullard wies auf eine Warnung der amerikanischen Seite hin, die am 27. März 1986 der DDR übermittelt wurde. Mit dieser Warnung sei die DDR darüber informiert worden, daß libysche Kreise von Ost-Berlin aus einen Anschlag in West-Berlin planten. Bullard erinnerte Kotschemassow an die Verantwortung der UdSSR für „Groß-Berlin“ und forderte von der Sowjetunion gemeinsame Schritte gegen den Terrorismus. Er verlangte, daß die UdSSR künftig den drei Mächten Informationen über mögliche Terrorakte des libyschen Volksbüros in Ost-Berlin zur Verfügung stelle oder besser gleich dieses Büro schließt, wie Großbritannien es 1984 seinerseits mit der Londoner Vertretung Libyens getan hatte.

Kotschemassow erklärte seinerseits, daß die sowjetische Regierung den Terrorakt bereits entschieden verurteilt und dem West-Berliner Senat ihr Mitgefühl für die Opfer des Anschlags übermittelt habe. „Es gibt nicht einen einzigen Fakt der Unterstützung von Terroristen durch die sowjetische Seite, was amerikanische Vertreter in dieser Hinsicht gegenwärtig auch behaupten mögen.“ Er wies außerdem zurück, daß „Groß-Berlin“ fortexistiere.²⁹ Honecker zeichnete den Bericht des sowjetischen Botschafters mit seiner Paraphrase ab und ließ ihn umgehend allen Mitgliedern des SED-Politbüros zur Information übermitteln. Vier Tage später, am 15. April 1986, ordnete US-Präsident Reagan einen Vergeltungsschlag gegen Ziele in der libyschen Hauptstadt Tripolis an. 35 Menschen kamen dabei ums Leben. Darauf reagierte Libyen zwei Jahre später mit einem Bombenanschlag, der eine amerikanische Verkehrsmaschine über dem schottischen Ort Lockerbie zum Absturz brachte. Hierbei kamen 270 Menschen ums Leben.

Honeckers Politbürokollege Erich Mielke erfuhr aus den Informationskanälen seiner Geheimpolizei zehn Tage nach dem Anschlag auf die West-Berliner Diskothek, auf welche Weise die libyschen Diplomaten aus der Ost-Berliner Vertretung in die Angelegenheit verstrickt waren. Der DDR-Staatssicherheitsdienst wußte durch einen Mitarbeiter der irakischen Botschaft Näheres über die Hintergründe des Sprengstoffanschlages. Demnach sprachen Diplomaten der irakischen Botschaft „übereinstimmend davon, daß die Mitarbeiter der libyschen Botschaft in der DDR für den Sprengstoffanschlag in der West-Berliner Diskothek La Belle verantwortlich sind“. Weiter heißt es in dem Stasi-Bericht, daß ein „Mitorganisator“ des Sprengstoffanschlages der Palästinenser Yussef El Chreidi sei. „Durch die irakische Botschaft wurde ein Telefongespräch der libyschen Botschaft abgefangen, mit dem der Anschlag als erfolgreich gemeldet wurde, mit der Bemerkung, ‚daß alles in Ordnung sei und sich Beteiligte in Brüssel aufhalten‘. El Chreidi habe bereits im Sommer 1985 in Westberlin einen libyschen Oppositionellen erschossen. Seit dieser Zeit arbeitete er in der libyschen Botschaft der DDR.“ Er habe Kontakt zur West-Berliner Palästinensergruppe von Abu Nidal, sei aber selbst Angehöriger von Yassir Arafats Kampforganisation Al Fatah.³⁰ Bei Chreidi handelt es sich um Yasser Chraid, der im Jahr 2001 vom Berliner Landgericht wegen seiner Beteiligung am Bombenanschlag zu vierzehn Jahren Haft verurteilt worden ist.

Chraid war schon vor dem Anschlag längere Zeit vom Staatssicherheitsdienst der DDR observiert worden. Dadurch ist auch bekannt geworden, daß für die im libyschen Auftrag operierenden Terroristen ebenso wie für den DDR-Staatssicherheitsdienst „Groß-

29 Information über das Treffen des Botschafters der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow, mit dem Botschafter Großbritanniens in der BRD, Julian Bullard, am 9. April 1986. SAPMO-BArch, IPA, DY 30, J IV 2/20.2/13, ZK/Sektor Dolmetscher/Übersetzer.

30 MfS; HA XX, AKG II: Bericht vom 15. April 1986 über Hintergründe des Sprengstoffanschlages auf die Diskothek in Westberlin am 5.4.1985. BStU, ZA, MfS, HA XX/AKG II, Bd. 154.

Berlin“ auch 1986 fortbestand, nämlich als Operationsfeld. Chraidi schmuggelte unter den Augen der Stasi in seinem Diplomatengepäck ungehindert Waffen und Sprengstoff von Ost- nach West-Berlin.

Am 16. April 1986 meldete Stasi-Major Pönig, was er von seinem Inoffiziellen Mitarbeiter „Pollak“ über Meinungsäußerungen aus der DDR-Botschaft der Vereinigten Staaten erfahren hatte. Demnach erhob Kulturattaché John Menzies den Vorwurf, daß die DDR Mitverantwortung für den Anschlag trage. Sie sei durch die amerikanische Botschaft vorab über ein in West-Berlin geplantes Attentat, das von Mitarbeitern des „libyschen Volksbüros“ in Ost-Berlin vorbereitet wurde, informiert worden und habe nichts unternommen.³¹ Ein Sprecher von DDR-Außenminister Oskar Fischer dementierte seinerzeit in aller Entschiedenheit jegliche Verantwortung für den Anschlag. Durch die Aussagen eines für die Überwachung des libyschen Volksbüros in Ost-Berlin zuständigen MfS-Offiziers gewannen die West-Berliner Ermittler im Jahr 1990 umfassenden Einblick in das Hintergrundgeschehen im arabischen Terrornetzwerk, das in den achtziger Jahren von der libyschen Vertretung in Ost- und West-Berlin gesteuert wurde. Bereits 1985 wurde nach der Aussage dieses aussagebereiten MfS-Offiziers Erich Mielke direkt über den Tatbestand „des Mißbrauchs des DDR-Territoriums für Terror und Mordanschläge im Westen“ informiert. Mielke, der Erich Honecker und andere Mitglieder des SED-Politbüros über diese Sachlage in Kenntnis setzte, habe danach die politische Grundlinie bekräftigt, wonach Libyen ein Verbündeter im antiimperialistischen Kampf, ein bedeutender Partner der DDR und des MfS sei. Alles was das Verhältnis zu Libyen belasten könne, war zu unterlassen. So kam es, daß libysche „Diplomaten“ unter dem Deckmantel der Immunität Mord- und Terroraktionen in West-Berlin organisieren konnten. Die engere SED-Führung wußte, was die in der Hauptstadt der DDR stationierten Leute von „Bruder Gaddafi“ im Schilde führten. Doch wer wollte schon der Hüter dieses Bruders sein?

31 MfS; HA XX/7; Pönig, Major; IM „Pollak“: Bericht vom 16. April 1986 über Äußerungen und Verhaltensweisen von Mitarbeitern der Botschaft der USA in der DDR zum Aggressionsakt der USA gegen Libyen; BStU, Zentralarchiv, MfS HA XX/AKG II, Bd. 154.